

An die Fraktionen im Gemeinderat  
der Stadt Freiburg

**Architektenkammer  
Baden-Württemberg**  
Kammergruppe Freiburg

Sprecherin des  
Planungsbeirates  
**Susanne Preßer**  
Dipl. Ing.  
Freie Architektin BDA

ABMP  
Poststraße 2  
79098 Freiburg  
Tel. 0761 2965578  
presser@abmp-architekten.de



25.06.2015

## **Änderung der Baulandpolitischen Grundsätze**

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,

sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben mit knapper Mehrheit die Änderung der baulandpolitischen Grundsätze beschlossen: nun soll bei der Schaffung von Baurechten auf 50% statt bisher 30% der Wohnbaufläche geförderter Miet- beziehungsweise Eigentumswohnungsbau realisiert werden, falls von der vorgesehenen Flächenabtretung von 10% kein Gebrauch gemacht wird.

Uns stellen sich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

- Lässt sich mit dieser Entscheidung der Bau von Sozialwohnungen fördern oder werden die Rahmenbedingungen soweit verschärft, dass der Wohnungsbau für Bauträger, insbesondere aber auch für Genossenschaften und private Bauherren unwirtschaftlich wird und damit die gesamte Bautätigkeit zum Erliegen kommt?
- Da die zur Verfügung stehenden Bauflächen sehr beschränkt sind, wird mit einem Anheben der Quote auf 50% geförderten Wohnungsbau, vor allem der Anteil von Wohnungsbau im mittleren Segment verringert, da nur der hochpreisige Wohnungsbau zur Querfinanzierung herangezogen werden kann. Gibt die neue Verteilung der Wohnbauflächen mit pauschal 50% sozialem Wohnungsbau in jedem neuen Wohngebiet tatsächlich die von Ihnen gewünschte soziale Durchmischung in den neuen Wohnquartieren wieder?

- Vauban und Rieselfeld sind ein international anerkanntes Erfolgsmodell. Hier konnten insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen Eigentumswohnungen oder Stadthäuser realisieren und so am Umzug in die Umlandgemeinden gehindert werden. Schon in Gutleutmatten wird sichtbar, dass sich private Bauherren mittlerer Einkommen mit der Aufgabe Sozialen Wohnungsbau zu errichten schwer tun- dabei beträgt hier die Quote nur 25% und nicht 50%. Wie soll gewährleistet werden, dass Haushalte mit mittleren Einkommen vom Umzug in die Umlandgemeinden abgehalten werden können?

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Preßer  
Sprecherin des Planungsbeirates  
der Kammergruppe Freiburg



Manfred Sautter  
Vorsitzender der  
der Kammergruppe

Verteiler  
Herr Bürgermeister Prof. Dr. Haag  
Badische Zeitung, Lokalredaktion